



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21031 - 33
Fernschreiber 0866890

P/XIII/28 - 3. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Schluss mit den Rundfunk-Monologen Zum Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion	35
2 - 3	Münch soll Ungarn gefügig machen Im Hintergrund Mikojan - Nagy letzte Figur im sowjetischen Spiel	76
4 - 5	Die Hauptsorgen der Staatsbürger Beziehungen zwischen Volk und Parlament lassen noch zu wünschen übrig Von Ulrich Lehner, MdB.	62
6 - 7	Afrika sprach zu Europa Schafft einen Pool der intellektuellen Hilfe Begegnung in Bergaustadt	99

* * * * *

Schluss mit den Rundfunkmonologen

J.F.W. Die im Stil der Goebbels-Politik von Dr. Adenauer heraufbeschworenen Folge von Rundfunkansprachen soll, wenn es nach dem Willen der CDU ginge, bis ins Endlose fortgesetzt werden. Ungeachtet der einseitigen Ablehnung, die dieser Versuch, die parlamentarische Debatte durch den polemischen Monolog zu ersetzen, in der deutschen Öffentlichkeit gefunden hat, bereitet die CDU weitere Rundfunksendungen vor. Die SPD könnte diesem Beispiel folgen, sie hat alle Aussicht in dem Ätherkrieg um die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung auch noch den letzten Rundfunkhörer von der Berechtigung ihrer Vorwürfe gegen den Bundeskanzler und dem Gewicht ihrer Vorschläge für eine Politik der internationalen Entspannung zu überzeugen. Schon das Echo, das in der vergangenen Woche die drei Rundfunkansprachen von Dr. Adenauer, Erich Ollenhauer und Dr. Mende fand, hat bewiesen, dass es dem CDU-Vorsitzenden nicht gelungen ist, in der Öffentlichkeit den Eindruck von der Niederlage seiner Politik im Bundestag zu verwischen.

Es läge nahe, diesen Erfolg der Opposition noch in weiteren Rundfunkreden auszubauen. Dies könnte aber nur um den Preis geschehen, dass das Ansehen des Bundestages, das durch die von der CDU ausgelöste Rundfunkpolemik schon heute schwer erschüttert ist, noch weiter gefährdet wird. Die Flucht vor der Auseinandersetzung im Parlament in die einseitige Erklärung am Mikrofon, dessen Monopol der Redner vor der echten Auseinandersetzung schützt, steht dem Diktator an aber nicht dem Politiker der Demokratie. Die SPD wird es daher der CDU allein überlassen, ob sie sich durch neue Rundfunkpolemiken in Fortsetzung der letzten Bundestagsdebatte auch weiterhin zum Stil einer antiparlamentarischen Haltung bekennen will. Für sich lehnt es die SPD ab, der CDU auf diesen Wege zu folgen. Sie wird die Reihe der Rundfunkansprachen nicht fortsetzen, sondern die CDU und ihren Kanzler zwingen, im Bundestag, wo es kein Ausweichen gibt, Rede und Antwort zu stehen.

Der Schaden, den das Vorgehen des Bundeskanzlers und seiner Fraktion unserer Demokratie versetzt hat, wird durch diesen Entschluss der SPD abgemildert, wenn er auch nicht aufgehoben werden kann. Allein die unabhängigen Rundfunkanstalten hätten diese Verwilderung unserer Politik verhindern können. Sie haben leider, mit der Ausnahme von Radio Bremen, versagt.

Münlich soll Ungarn gefügig machen
Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

1956, am Abend des 2. November, stellte Imre Nagy in Budapest sein Kabinett zusammen. Auf der Ministerliste standen Kadar und Münlich; Münlich als Innenminister, Kadar ohne Portefeuille. Am Abend des 2. November aber auch, nur wenige Stunden später, gab der "Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst", die sowjetzonale Presseagentur, diese Liste bekannt. Kadar wurde nicht mehr genannt. Er war nämlich längst schon unterwegs nach Szolnok, um dort, wie es die Sowjets befohlen hatten, die Gegenregierung zu bilden. Nagy wusste das nicht. Er wusste auch nicht, wo sich Münlich befand. Auch Kadar wusste das nicht. Am nächsten Tag aber stand Münlich bereits neben Kadar. Er hatte auch diesmal, wie sich erweisen sollte, "aufs richtige Pferd gesetzt." Am 4. November nämlich war Nagy mit seiner Regierung gestürzt und Kadar an der Macht. Herr Münlich blieb Innenminister, so wie es Nagy geplant gehabt hatte, nur unter Kadar, nicht unter Nagy. Herr Münlich hatte das Spiel gewonnen. In diesen Tagen wurde er Ministerpräsident. Kadar zog sich zurück als Parteisekretär.

Warum? - 15 Monate lang hatte in Ungarn "außeräumt" werden müssen. 15 Monate lang hatte die Revolution liquidiert werden müssen. 15 Monate lang hatten die "Schnellgerichte" gewürdet, hatten Justiz und Polizei ein eisernes Regiment geführt und Rache genommen an allen, was im Oktober 1956 geschehen war. 15 Monate lang aber auch hatte es reichlich zu essen gegeben in Ungarn. 15 Monate lang war alles dagewesen. Die Sowjets hatten es geliefert. Um zu beschwichtigen und zu versöhnen. Und Kadar, den Ministerpräsidenten, ihren Statthalter also, hatten sie dreimal in dieser Zeit nach Moskau befohlen. "Was habt ihr getan mit dem Geld", hatte Mikojan gefragt, "mit all den Krediten und Subventionen?" Alles war zugunsten des unmittelbaren Konsums, zugunsten des Alltagsverbrauchs, des "verbesserten Lebensstandards" verwendet worden. Und Ungarn von sich aus hatte sehr wenig, genauer gesagt: überhaupt nichts dazu beigetragen. Es hatte sich füttern lassen. Das war denn Herrn Mikojan und den Sowjets zu dumm geworden. Sie wollten die Zügel nun wieder straffer ziehen, sie wollten den "Übergang" beenden, Ungarn zu eigenen Leistungen zwingen und seine innere Ordnung "normalisieren". Sie wollten es wieder zu einem Gebilde machen, wie es die CSR und Bulgarien oder Rumänien sind. Sie wollten jedoch auch im internationalen Verkehr die blutige Zeit

nach der Revolution vergessen machen und Kadar, den Mann mit den "schmutzigen Händen", dem diplomatischen Umgang mit der Erinnerung der Öffentlichkeit entziehen. Sie wollten dies Ungarn wieder "salonfähig" werden lassen.

Niemand schien dafür geeigneter zu sein als Münnich, dessen Verantwortlichkeit für die Rachejustiz nicht einmal dem Namen nach gegeben war. Kadar hatte sich exponiert. Herr Münnich hatte nicht auch nur ein einziges Todesurteil unterschrieben. Ausserdem war er ein blindlings gehorsamer Kremljünger, der keinerlei eigene Wege ging, oder aber, wie im November 56, nur solche, die doch nach Moskau führten. "Die Sowjetunion" erklärte er denn auch gleich am Tage des Regierungsantritts, "ist unser Gott!" Und Ungarn schwieg dazu. Es murrte nicht. Es empörte sich nicht. Es war in den 15 Monaten still geworden. Das hatte Herr Kadar gemacht. Und das genügte den Sowjets nun.

Herr Münnich wird es jetzt fügsam machen. "Ordnung und Legalität", hatte Kadar am Tag des Regierungswechsels erklärt, "sind gesichert, Staat und Regierung sind weiter gefestigt. Die Intellektuellen stehen sich besser als früher, zur Zeit des Horthy-Regimes. Die Arbeiter können sich anständig kleiden, die kleinen Bauern können sich Häuser bauen!" Und daran, meinte Herr Münnich am nächsten Tag, werde sich gar nichts ändern. In keiner Beziehung werde es schlechter werden. Soweit es nicht Kadar- und das zu erwähnen vergass Herr Münnich allerdings- schon angekündigt hatte. Er hatte es rasch noch auf sich genommen, die Schwierigkeiten der Wirtschaftslage einzugestehen. Die Aussenhandelsbilanz zum Beispiel, hatte er unverblümt erklärt, sei trostlos negativ. Sie erlaube jetzt "keine Erhöhung des Lebensstandards" mehr. In Gegenteil, man werde den Gürtel enger schnallen müssen: "Den Import wird man verringern müssen, um 15 Prozent, den Export erhöhen, um 25%. Man wird die Voraussetzungen schaffen müssen, Kredite zurückzuzahlen." Das heisst: Es muss jetzt gearbeitet werden, mehr als bisher. Und weniger wird man verdienen dafür.

Zwar: wie das ausgeht, weiss man noch nicht. Ob sich die Ungarn, die Kadar zum Schweigen gebracht hat, auch weiterhin still verhalten werden, ist unbestimmt. Münnich nur wird es versuchen. Und sollte er scheitern, so hat man zumindest doch Kadar gerettet und ausserdem... noch immer sitzt drunten in Rumänien Imre Nagy. Niemand hat soviel Prestige in Ungarn und in der westlichen Welt wie er. Mit ihm eventuell könnte man Ungarn befrieden und - was in den Plänen des Kremls noch schwerer wiegt - den Westen verpflichten. Man könnte aus Ungarn, wenn alles andere scheitert, ein zweites Polen oder ein zweites Jugoslawien machen. Kadar, als er die Abtrittsrede hielt, kündigte Rache und Prozess für General Maléter an und für sämtliche "Führer und Initiatoren der Gegenrevolution." Nur einen nannte er nicht: eben Imre Nagy.

Die Hauptsorgen der Staatsbürger

Von Ulrich Lohmar, MdB

Die erregte aussenpolitische Debatte in der vorletzten Woche hat viele Menschen bis tief in die Nacht hinein an den Lautsprechern ausharren lassen. Es war einer der seltener grossen Tage des Parlaments, wo man spürte, dass mehr auf dem Spiele stand als die Sorgen, die den einen oder anderen in seinem Alltag bewegen. Aber leider beschränkt sich die Anteilnahme der Mehrheit der Bevölkerung an der Arbeit des Bundestages auf solche grossen Ereignisse.

Dabei gibt es für jeden Staatsbürger die Möglichkeit, sich mit seinen Sorgen und Problemen nicht nur an einen Abgeordneten, sondern auch an den zuständigen Petitionsausschuss des Parlaments zu wenden. Ein Bericht über seine Arbeit in den vergangenen Jahren sollte zu denken geben.

Warum wenden sich einzelne Bürger an den Bundestag? Die Statistik des Ausschusses sagt, dass dies die meisten tun, weil sie mit ihrer Wohnung Schwierigkeiten haben (10,07 %), weil es mit dem Lastenausgleich nicht recht klappen will (12,5 %), weil es mit der Sozialversicherung kaputt (17,93 %) oder weil ihnen bei der Kriegsopferversorgung oder ähnlichen Fragen einiges unklar geblieben ist (10%).

In den Bereichen der Gesetzgebung also, die sehr kompliziert und für den einzelnen schwer durchschaubar sind, suchen viele Mitbürger Rat beim Parlament. Sie finden sich nicht zurecht und möchten wissen, wie sie zu einer Hilfe kommen können. - Der Gesetzgeber sollte einmal überlegen, wie man dem durch eine einfachere und übersichtlichere Gesetzesgliederung leichter Rechnung tragen kann.

Wie aber sieht die andere Seite des Bildes aus? In Problemen der Rechtspflege, der Verteidigung, des Finanzwesens oder der auswärtigen Politik wandten sich insgesamt nicht einmal 3 % an den Bundestag. Das liegt sicher zum Teil daran, dass sie von diesen Bereichen der gesetzgeberischen Arbeit nicht unmittelbar betroffen sind. Wäre es aber nicht wünschenswert, wenn mehr Bürger von ihrem Recht auf Information Gebrauch

nachten, auch dann, wenn der Petitionsausschuss dafür nicht zuständig ist?

Nicht ohne Schmerz kann man insbesondere vermerken, dass nur 0,36 % der Eingaben an den Petitionsausschuss von Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone kommen. Gewiss, wir können ihnen von hier aus wenig helfen, und doch wäre es ein besseres Zeichen für den Anspruch des Parlaments, für ganz Deutschland zu sprechen, wenn eine grössere Zahl von mitteldeutschen Bürgern sich an den Bundestag gewandt hätte, zumal die Zahl der Flüchtlinge aus der Sowjetzone in den letzten Jahren so ausserordentlich hoch war.

Aufschlussreich ist in der Statistik des Ausschusses für Petitionen dass die Verbände und Organisationen nur mit 1,45 % an den Zuschriften beteiligt sind. Wir wissen, warum das so ist. Die Verbände unterhalten in Bonn mehr als 300 eigene Büros, deren Aufgabe darin besteht, Parlament und Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie haben es nicht nötig, sich lange mit Eingaben an den Bundestag aufzuhalten. Sie wählen den indirekten Weg der handfesten Einflussnahme, soweit ihnen das bei der Regierung und ihren parlamentarischen Vertretern möglich ist. - Auch dies stimmt nachdenklich, und sie zeigt, wie wenig der unmittelbare Kontakt des Bürgers zum Parlament in anderen Fragen als den ihn unmittelbar berührenden besteht und wie robust sich andererseits die organisierten Interessengruppen ihre eigenen Wege der Einflussnahme zu sichern trachten.

Man mag den Abgeordneten, die im Petitionsausschuss des Parlaments mitarbeiten, keine zu grosse Arbeitslast wünschen. Es wäre trotzdem wünschenswert, wenn es in den letzten 3 1/2 Jahren nicht nur 616⁰ Bürger gewesen wären, die sich an diesen Ausschuss wandten. Vielen von ihnen ist geholfen worden, aber es bleibt zu fragen, wie die Beziehungen zwischen dem Parlament und den Staatsbürgern noch enger gestaltet werden können. Gelegentliche Besuche bei den grossen Sitzungen des Bundestages sind zwar eine gute Sache, aber dafür kein ausreichender Ersatz. Man muss etwas voneinander wissen, um Vertrauen zueinander fassen zu können.

* * *

Afrika sprach zu Europa

I.D. - Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa, den ehemaligen Kolonien und den einstigen Kolonisatoren, waren Gegenstand lebhafter Diskussionen anlässlich der Wochenendbegegnung: "Afrika und Europa, kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen", die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt veranstaltet worden war. Die Vertreter Afrikas und Europas waren sich darin einig, dass nur eine Erneuerung der Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten zu einem Zusammenleben in gegenseitiger Achtung und zum Vorteil von beiden Seiten führen könnte.

Herr Dicko, Staatssekretär im französischen Unterrichtsministerium, aus Afrika gebürtig, jedoch in Frankreich aufgewachsen, legte im einzelnen dar, wie wesentlich der Einfluss der französischen Kultur, die von den Kolonialherren fest in französisch Afrika verankert worden war, ohne dabei die Traditionen der Afrikaner zu stören, als Grundlage für künftige Beziehungen sei. Er pries die von den Franzosen geschaffenen Institutionen und hielt vor allem das kürzlich eingeführte Rahmengesetz (loi-cadre), das den Afrikanern in den französischen Kolonien demokratische Rechte zusprach, als einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zur Förderung der afrikanischen Völker.

Die Anklage Ghanas

Die Vertreterin Ghanas, Fräulein Esther Hayfon, hingegen suchte zu beweisen, dass nur die sofortige politische Unabhängigkeit den Völkern Afrikas eine echte Chance für eine regenreiche Zukunft und gleichzeitig die Möglichkeit für eine gute Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten sichern könnte. An Hand von Zahlen zeigte sie die ungeheuren Profite auf, die die Kolonialherren durch die Auswertung der in Ghana vorhandenen Rohstoffe erzielt hatten. Afrika hatte daran kaum Anteil gehabt. Auch Bildung war den Afrikanern während der kolonialen Abhängigkeit verschlossen geblieben. Heute steht Ghana als freies Land vor grossen Schwierigkeiten, die das Erbe dieser Kolonialherrschaft darstellen. Es musste in kürzester Frist die fehlenden Kapazitäten zu erarbeiten suchen. Wichtig ist, dass man in Ghana erkannt habe, dass Bildung und Ausbildung die grösste Förderung zuteil werden müsse. Erst durch Bildung wird es den Menschen in Ghana möglich sein, sich gegen jedwede Ausbeutung und Unterdrückung bewusst zur Wehr setzen zu können. Bei allen Projekten, wirtschaftlicher und kultureller Natur, ist die Hilfe der europäischen Völker wichtig und willkommen. Die beste Form hierfür, die keine neuerliche Überverteilung der jungen Staaten in sich trage, sondern auf echter Zusammenarbeit beruhe, müsse noch gefunden werden.

Unabhängigkeit - ist gleich Fortschritt

Der gleiche Ton des Stolzes auf die seit der Unabhängigkeit erzielten Fortschritte klang aus dem Bericht des Vertreters Tunesiens, Herrn Mongi Sahli. Seit 1956 war Tunesien ein freies Land, geführt von Bourguiba, der dem tunesischen Volk die Kraft und das Selbstbewusstsein wiedergegeben habe, sich gegen das Kolonialjoch aufzulehnen. Die ersten Wahlen und der Tag der Proklamation der Republik gehören zu den stolzesten Erinnerungen in der jüngsten Geschichte der Nation, die nun in die Lage versetzt sei, ihre Angelegenheiten selber zu regeln. Weitgehende Reformen - von der Vereinfachung der Rechtsprechung zur Vereinheitlichung des Schulwesens, von der intensiven Lehrerausbildung zu einer fortschrittlichen Sozialgesetzgebung - waren bereits in Angriff genommen worden.

Tunesien wie auch Ghana aber brachten den Beweis, dass trotz der Ressentiments gegen den ehemaligen Kolonialherrn eine Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika möglich ist. Beide Länder sind in einen Staatenbund - eine Liaison, die auf freiwilliger Basis eingegangen worden ist - mit ihren ehemaligen Kolonialherren verbunden.

Gemeinsamer Markt erweckt Misstrauen

Diese freiwillige Partnerschaft - und nichts anderes als eine solche Partnerschaft dürfte es sein - sah der Bundestagsabgeordnete Heinz Kühn, der mehrere Wochen auf Einladung der französischen Regierung die Möglichkeiten für den gemeinsamen Europäischen Markt und die industriellen Erschliessungsprojekte in Afrika studiert hatte, als eine echte Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen einstigen Unterdrückern und Unterdrückten an. Man darf nicht zögern, diesen Ländern die Unabhängigkeit zu gewähren, oder Vorwände zu finden, die diese für unbestimmte Zeit hinauszögert. Je eher sie ihnen gegeben wird, desto grösser ist die Chance für gute künftige Beziehungen zwischen ihnen und Europa, die schliesslich im Interesse der ganzen Welt notwendig sind. Kühn sprach die Überzeugung aus, dass man in Afrika die endgültige Loslösung von Frankreich nicht beabsichtige, wohl aber das Recht auf Unabhängigkeit garantiert haben wolle. Niemals würde man erwarten können, dass diese Völker als Franzosen fühlten. Das neue Zusammenleben könne aber wie in einem Commonwealth eine föderative Aufgliederung erfahren. Die afrikanischen Völker hegten die verständliche Befürchtung, dass ihre Interessen im Rahmen des Vertrages des Europäischen Marktes, den sie angeschlossen worden waren, nicht gewahrt würden. Viel eher sehen sie eine Gefahr, dass die neuen Methoden und die grössere Investitionskraft zu einer schnelleren und gründlicheren Ausbeutung - damit zu einer Fortsetzung der Kolonialpolitik mit europäischen Vorzeichen - führen.

"Mit - und nicht von Afrika leben"

Die Diskussion um den schnelleren Aufbau Afrikas ^{und} eine fühbare Unterstützung seiner Völker gipfelte in dem Vorschlag des Staatssekretärs Dicko, einen Pool der intellektuellen Hilfe zu schaffen. In diesem Pool sollten sich europäische und afrikanische Intellektuelle zusammenfinden und bereit sein, durch direkte Hilfe die geistigen Kräfte in Afrika zu fördern suchen.

Willi Eichler, der die Tagung leitete, hielt eine Realisierung dieser Idee im Rahmen des SUNFED-Planes (Special United Nations Fund for Economic Development - UN-Sonderfonds für die wirtschaftliche Entwicklung) für möglich, der als Körperschaft der Vereinten Nationen zur Sammlung und Verteilung der für die Entwicklung vorhandenen finanziellen Mittel gemacht ist. Durch die Nutzung dieses Fonds sei gewährleistet, dass die technisch unterentwickelten Länder in den vollen Genuss der für sie gedachten Hilfe kommen, die Gefahr für erneute koloniale Praktiken aber ausgeschlossen sei.

Das Misstrauen gegen die ehemaligen Ausbeuter zu beseitigen, ist die Vorbedingung für jede Zusammenarbeit der beiden Kontinente. Der Vorschlag für einen Pool der intellektuellen Hilfe und die Durchführung des SUNFED-Planes bieten die beste Grundlagen für eine freundschaftliche Zusammenarbeit der Völker. "Europa soll mit und nicht von Afrika leben" - in diesem Sinne klang die Tagung aus.

+ + +

Verantwortlich: Albert Exler